

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr verehrte Gäste

am Montag beim Untersuchungsausschuss des JadeWeserports in Hannover hat mich ein Journalist angesprochen und gefragt: Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass Sie demnächst Regierungsverantwortung mit der SPD in Niedersachsen erhalten werden. Ihr Abstand ist doch viel zu groß zur CDU.

Ich habe erst mal gestutzt und dann gedacht, na ja, der kommt aus dem niedersächsischen Westen, da ist die Gegend doch eher konservativ, der kann sich gar nicht vorstellen, wie das ist im Süden Niedersachsens mit sozialdemokratischen Mehrheiten.

Außerdem kann der auch nicht rechnen, weil ja noch nicht einmal zwei Prozentpunkte notwendig sind, um schwarz-gelb abzulösen. (Hinweis auf die Ausgangssituation vor fünf Jahren und Hoffnung auf Wahlsieg!!)

Aber – liebe Genossinnen und Genossen,

wenn wir ehrlich sind, dann macht das ja auch nicht wirklich Spaß, immer wieder in neuen Umfragen zu lesen, wie die SPD auf einem relativ niedrigen Niveau verharret, während Wulff und Co fröhlich über 40 % liegen - bei dem Mist, den sie verzapfen.

Nur sollten wir Sozialdemokraten daran denken:

Die Menschen sind nicht so vergesslich, wie wir vielleicht glauben.

Die Menschen in Niedersachsen und in unserer Region vergessen nicht, dass die Lehrmittelfreiheit und die Hausaufgabenhilfe abgeschafft wurden und die Eltern nun jährlich so an die 200 € Büchergeld zahlen müssen, von den zusätzlichen Kosten beim Schulwechsel mal ganz zu schweigen.

Die Menschen vergessen nicht, dass die Orientierungsstufen aufgelöst wurden, 1000ende Lehrerinnen und Lehrer versetzt wurden, zusätzliche Schülertransportkosten entstanden sind und es an vielen Schulstandorten nun zu Schließungssituationen kommt wie bei uns in unserem Landkreis z.B. in Nörten-Hardenberg oder auch in Gillersheim - da wo ich herkomme - oder auch in Kalefeld.

Sie vergessen nicht, dass die Studentinnen und Studenten nun pro Semester nicht nur die 200 € Verwaltungsgebühren sondern nun auch 500 € Studiengebühren zahlen müssen.

(Hinweis auf Qualität des Unterrichts, 25 Schüler pro Klasse, unser Bildungssystem, CDU Argumente gegen die Einheitsschule entkräften)

Die Menschen vergessen nicht, dass diese Landesregierung die Polizeiinspektion in Northeim zunächst opfern wollte und sich dann dafür feiern ließ, als die Inspektion mit OHA zusammengelegt wurde.

Die Menschen haben auch nicht vergessen, dass das LKH in Moringen verkauft werden sollte und die Beschäftigten gleich alle mit. Sie wissen noch, wie wir für den Erhalt des Landeskrankenhauses in öffentlicher Trägerschaft kämpfen mussten.

Die Menschen vergessen auch nicht, wie erst der gewaltige Bürgerprotest gegen die Höchstspannungstrassen dazu geführt hat, dass die Landesregierung in letzter Minute die Vorhaben nicht in das beschleunigte Landesraumordnungsverfahren einbinden konnte.

Die Menschen vergessen nicht, dass den Kommunen von den andern jährlich 300 Mill. € mehr versprochen wurden und stattdessen den Kommunen jährlich 150 Mill. Euro weggenommen wurden.

Sie vergessen auch nicht, dass die Landesregierung die Finanzierung der Ortsumgehung Sebexen zugesagt hat in dieser Legislaturperiode und sich bis heute nichts tut.

Sie vergessen nicht die Kürzungen in Bus und ÖPNV, die zu zahlreichen Streckenkürzungen und Stilllegungen geführt haben. Jetzt erst wurden die Strecken zwischen Ottbergen und Northeim ausgedünnt.

Und sie vergessen auch nicht, wie z.B. dieser Innenminister mit den langjährig hier wohnenden geduldeten Migrantinnen und Migranten umgeht, und sie gnadenlos abschiebt.

Sie haben auch nicht vergessen, dass er die Sportförderung gekürzt hat und Lotto-Toto Mittel lieber zum Haushaltsausgleich einsetzt als zur Finanzierung des Sports.

Zu Soziales mehr von Uwe Schwarz.

Aber hier von mir der Hinweis: Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Frauenbeauftragten abgeschafft und die Projekte für Mädchenarbeit eingestellt wurden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen nur hinaus gehen und die Menschen wieder an diese Taten der Landesregierung erinnern, dann werden sie denen nicht noch weitere fünf Jahre die Möglichkeit geben, Unheil anzurichten und falsche Weichen zu stellen.

Und das hat diese CDU/FDP Landesregierung leider mehrfach getan. Sie hat mehrfach die Weichen falsch gestellt, ich will euch dass an ein paar Themen deutlich machen:

Z.B. wird die CDU/FDP-Landesregierung diesem Land wirtschaftspolitisch nicht gerecht. Sie macht zu wenig aus den Potenzialen dieses Landes. Von den Pannen bei Transrapid und JadeWeserport will ich mal gar nicht reden. Aber Nichtstun und Stillstand in der Wirtschaftspolitik ist bei Hirche Programm.

Die Folgen sind heute schon spürbar. Mitten im wirtschaftlichen Aufschwung haben wir die geringste wirtschaftliche Wachstumsrate im Bund, unterdurchschnittliche Gewerbe- und Patentanmeldungen sowie die niedrigsten Löhne.

Außerdem haben wir die niedrigste Quote an Hochqualifizierten. Und wenn wir VW nicht hätten, dann sähe das noch schlimmer aus.

Die SPD Niedersachsen will, dass sich dieses ändert. Sie wird die Stärken des Landes pflegen und weiterentwickeln. Im Gegensatz zur bisherigen Landesregierung werden wir jedoch nicht nur das Bestehende verwalten, sondern die notwendigen Impulse geben, um das Land weiterzuentwickeln und fit zu machen für die Bewältigung zukünftiger Probleme.

Eine Landesregierung muss auf die sich in wirtschaftlicher aber auch demografischer Hinsicht unterschiedlich entwickelnden Regionen reagieren und den Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Lebensverhältnisse einlösen.

Sie muss dafür sorgen, dass für die Menschen in allen Teilen unseres Landes die bezahlbare Versorgung mit den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Krankenhäuser, Spielplätze, Schulen, Schwimmbäder und Bibliotheken, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dürfen nicht privatisiert werden.

Die jetzige Landesregierung setzt lediglich auf ein „Weiter-so-wie-bisher“. Das hat das Land aber bisher nicht richtig vorangebracht und wird es in Zukunft noch weniger.

Die SPD wird als Regierungspartei für gleichwertige Lebensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger sorgen. Mit unserem Bildungsprogramm, unseren wirtschaftspolitischen Zielen und unserem Einsatz für alle Regionen werden wir dies für die Menschen gewährleisten. - Das garantieren wir.

Was bedeutet das konkret, liebe Genossinnen und Genossen, für Niedersachsen?
Ich will das an drei Beispielen deutlich machen:

Das ist das Beispiel Wirtschaftspolitik:

Wir stehen da ganz klar für ein Tariftreue- und Vergabegesetz, das gegen Dumpinglöhne bei öffentlichen Aufträgen vorgeht.

Wir stehen ganz klar an der Seite derer, die einen Mindestlohn für alle Menschen in Arbeit wollen, weil man von der Arbeit, die man den ganzen Tag ausübt auch sein Leben bestreiten können muss und nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein darf.

Wir stehen für mehr Investitionen in den Landesliegenschaften wie Straßen und Gebäuden und nicht wie die anderen für die niedrigste Investitionsquote.

Wir stehen für die Mitbestimmung und den Kündigungsschutz und nicht wie Hirche und Wulff frei nach dem Motto, Wirtschaft wird von der Wirtschaft gemacht und braucht keine Regeln.

Wir dagegen stehen für das Soziale in der Marktwirtschaft. Und das heißt gleiche Chancen für alle und nicht hire and fire.

Das ist das Beispiel Bildungspolitik

Wir stehen für Chancengleichheit in der Bildungspolitik.

(Hinweis auf den Unterschied in der Chancengerechtigkeit und der Chancengleichheit). Es darf nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen, auf welche Schule die Kinder gehen. Wir dürfen nicht den sozialen Status der Eltern als Indikator für die Leistungsfähigkeit der Kinder machen. Jedes Kind hat Stärken. Wir müssen nur helfen, sie zu entwickeln.

Konkret bedeutet das, dass wir für die sofortige Abschaffung aller Bildungsgebühren sind – von der Kindergartengebühr bis zur Studiengebühr. Außerdem müssen wir die Lernmittelfreiheit wieder einführen, um allen Kindern gleiche Startchancen zu geben.

Das Land Niedersachsen nimmt in 2007 und 2008 jeweils über 700 Mio. € mehr Steuern ein. Dieses Geld muss für zweierlei genutzt werden: Schuldenabbau und Zukunftsinvestitionen. Und die beste Zukunftsinvestition ist nun mal die Ausbildung unserer Kinder.

Liebe Genossinnen und Genossen, das **letzte Beispiel soll die Politik sein, die sich mit dem ländlichen Raum beschäftigt**. Da gehen die Schwarzen nun mal wieder daher und feiern sich auch als die Partei des ländlichen Raumes. Sie nehmen gern den Begriff „Stärkung des ländlichen Raumes“ in den Mund.

Man kann nicht einmal sagen, dass Sie den ländlichen Raum nicht stärken. – Nur: der ländliche Raum fängt bei denen doch erst westlich von Osnabrück und Oldenburg an. Dort, wo sie Ihre schwarzen Hochburgen haben, da pumpen sie im Moment und in den letzten Jahren alles hinein.

Dabei sind das doch die Landkreise, denen es in Niedersachsen auch ohne Förderung gut ginge, weil nicht zuletzt der Emslandplan sie erst mal zu dem gemacht hat, was sie heute sind.

Da sorgt der nette Kultusminister erst mal mit den Ganztagsmitteln des Bundes für seine eigenen Schulen in seinem eigenen Wahlkreis und in unserem Landkreis müssen wir nun eigene Mittel in die Hand nehmen für die Ganztagschulen.

Da fließen Leadermittel, die unsere Region bitter nötig hätte, in das Emsland und andere Regionen im Westen, obwohl die EU ganz klare Regeln für den Nachteilsausgleich der Regionen vorgegeben hat.

Die Menschen, die engagiert an den Konzepten gearbeitet haben, haben es verdient, ebenfalls beachtet zu werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, außerdem gibt es noch eine ganze Menge weitere Gründe, diese Landesregierung abzuwählen, das sind nämlich die Minister Busemann, Ross-Luttman, Möllring, Hirche, Heister-Neumann, Schünemann, Stratmann, Ehlen und der oberpeinliche Minister Sander. Alle zusammen geben nun wahrlich kein gutes Kabinett ab. Die dürfen einfach nicht noch mal bestätigt werden.

Bevor ich zum Ende komme, eine Bitte habe ich noch: heute hat der Kreiswahlausschuss getagt und die Vorschläge der Parteien geprüft. Es werden in unseren beiden Wahlkreisen Neonazis unter der NPD Flagge kandidieren. Bitte kämpft mit, dass diese braune Soße bei uns keine Chance bekommt, sich zu platzieren und breit zu machen.

Das geht z.B. durch eine hohe Wahlbeteiligung. Wir müssen aber auch noch mehr tun:

Ich fordere alle demokratischen Gruppen in unserem Landkreis auf: Lasst uns zu einem Bündnis gegen Rechts zusammenschließen, lasst uns gemeinsam gegen diese antidemokratischen und ausgrenzenden Horden aufstehen.

Die führen keine demokratischen Diskussionen, sondern handeln nur mit Parolen.

Raus mit NPD Mitgliedern aus den Vereinen und den Verbänden, raus mit Neonazis aus den Feuerwehren und Kirchenvorständen.

Auch wenn sie nicht verboten sind, heißt das noch lange nicht, dass sie Demokraten sind.

Spätestens jetzt müsste jedem klar sein, dass in diesem Wahlkampf das Kämpfen eine Demokratenpflicht ist.

Anrede,

Wenn in den nächsten 58 Tagen bis zur Wahl jeder hier im Raum – ich geh mal davon aus, dass es so ca. 100 Personen sind – also jeder an jedem Tag bis zur Wahl zwei Menschen überzeugt, die SPD zu wählen, dann haben wir schon allein zusätzlich über 10.000 Stimmen mehr.

Das ist unsere Stärke.

Wir müssen mit den Leuten reden, wir müssen selbstbewusst als Sozialdemokraten unsere Positionen vertreten und die sind allemal besser als die der anderen.

Daher

Anrede

Helft alle mit, damit wir im Januar bei der Landtagswahl mit der SPD die stärkste Fraktion stellen können. Nur so können wir Niedersachsen wieder gerechter machen.